

UNGLEICHHEIT IST GERECHT

Die Ideale der „Liberté“ und der „Egalité“ stehen miteinander im Konflikt. Wenn in einer freien Gesellschaft Menschen wie z. B. Bill Gates, Steve Jobs oder Marc Zuckerberg durch die Vermarktung ihrer Ideen und Produkte viel reicher werden als andere, dann liegt in der so entstehenden (ökonomischen) Ungleichheit nichts Verwerfliches, das die Forderung begründen könnte, sie in ihrer (unternehmerischen) Freiheit einzuschränken, um „Gleichheit“ herzustellen. Dass Unternehmer wie diese sehr viel Geld verdienen, hat in keiner Weise zur Folge, dass es anderen schlechter geht. Sie schaden niemandem, sie vermehren, im Gegenteil, den Wohlstand einer Volkswirtschaft (durch Steuern, Schaffung von Arbeitsplätzen usw.), spornen andere an, ihnen nachzueifern, befördern den Fortschritt und ermöglichen Millionen Menschen mit ihren Innovationen ein besseres Leben. Wenn sie vom Staat verlangen, dass er die Früchte ihrer Leistungen als ihr Eigentum schützt (Meritokratie), sodass sie sie in vollen Zügen genießen können, so liegt keinerlei Ungerechtigkeit darin, dass andere dies nicht im gleichem Maße zu tun vermögen.

Begabungen und Talente, Intelligenz und Kreativität, Motivation und Leistungskraft sind unter Menschen nicht gleich verteilt. Zu verlangen, dass Menschen, die Herausragendes erschaffen, finanziell nicht besser gestellt werden dürften als Menschen, die weniger Bedeutendes hervorbringen, wäre ebenso widersinnig wie zu verlangen, dass alle Menschen alles werden könnten, wenn sie es wünschen. Wer z.B. Herzchirurg wird, hat ein strenges Selektionssystem von Prüfungen und Leistungskontrollen durchlaufen, das viele weniger Befähigte ausgesiebt hat. Niemand findet das ungerecht (namentlich niemand, der einen Herzchirurgen benötigt).

Eine vernünftige Gesellschaft sollte daher auf ein Markt- und Wirtschaftssystem setzen, das den leistungsorientierten Wettbewerb, die selektierende Konkurrenz, die individuelle Verantwortung und das freie Unternehmertum fördert, auch wenn dieses zu u. U. erheblicher Ungleichheit des materiellen Wohlstands führt. Ja, ein solches System gerät infolge konjunktureller Schwankungen zuweilen in längere Rezessionsphasen, auch in Krisen. Aber in der bisherigen Geschichte der Menschheit ist kein anderes System erdacht worden, das *à la longue* die Wohlfahrt und Prosperität *aller* in gleichem Maße steigert, die Lebensverhältnisse der meisten Menschen – vielleicht diskontinuierlich, aber letztlich doch in hohem Tempo – verbessert und durch seine enorme Produktivität ein fortdauerndes Wachstum ermöglicht.

Menschen, die etwa aufgrund einer Behinderung nicht die gleichen Möglichkeiten haben wie die anderen oder die unverschuldet in Not oder Bedrängnis geraten sind, muss der Staat natürlich durch entsprechende Hilfsleistungen unterstützen, solange dies notwendig ist. Aber niemand, der sich nicht im erforderlichen Umfang um seine Berufsausbildung gekümmert hat, niemand, der aus Bequemlichkeit oder Behäbigkeit keiner legalen Tätigkeit nachgehen will, um seinen Unterhalt zu bestreiten, niemand, der wünscht, das Leben zu genießen, ohne sich durch Erwerbsarbeit die nötigen Mittel dafür zu verschaffen, kann im Namen der Gerechtigkeit verlangen, die Wohlhabenden müssten dafür Geld geben oder die Allgemeinheit müsse sie alimentieren. Es wäre vielmehr im höchsten Maße ungerecht, wenn parasitäre Existenzen unter dem Vorwand, durch Ungleichheit „benachteiligt“ zu sein, Anteil an den Gütern beanspruchen, die andere erwirtschaftet haben.

Die Regulierung der Wirtschaft durch den Staat sollte sich darauf beschränken, die Bildung von Monopolen und Kartellen (Preisabsprachen) zu unterbinden. Im übrigen wird der freie Wettbewerb von allein dafür sorgen, dass Marktteilnehmer, die sich unfaire Mittel bedienen, von ihren Konkurrenten verdrängt werden, die ihren Kunden fairere Konditionen bieten. Gerade dann, wenn alle nach ihrem maximalen Nutzen und Vorteil streben, wird die „unsichtbare Hand“ des Marktes zum wachsenden Wohlstand der Allgemeinheit führen, auch dann, wenn unterschiedliche Leistungskraft ökonomische Ungleichheit hervorbringt.

SOZIALE UNGERECHTIGKEIT BERUHT AUF DER UNGLEICHHEIT DER INDIVIDUELLEN CHANCEN

Gerechtigkeit ist (wie die Wahrheit) eine metaphysische Abstraktion. Menschliche Wesen vermögen sie nur in dem Maße zu verwirklichen, wie sie sich gemeinschaftlich dem Bestreben verschreiben, ihr immer näher oder möglichst nahe zu kommen. Dies geschieht durch die Vereinbarung (und fortlaufende Korrektur) staatlicher und gesellschaftlicher Regeln, die nicht nur gleiche *Rechte* für alle, sondern insbesondere auch gleiche *Chancen* für jeden Einzelnen garantieren, seinem „pursuit of happiness“ folgen zu können.

Soziale Ungerechtigkeit entsteht in dem Maße wie diese Regeln bestimmte Individuen oder Gruppen begünstigen und andere – z.B. Frauen, Farbige, sexuelle Minderheiten, Ausländer usw. – in ihren Chancen benachteiligen.

Eine besonders gravierende Form der Chancen-Ungleichheit resultiert in den modernen Gesellschaften daraus, dass der Zugang zu Bildungseinrichtungen, die den sozialen Aufstieg ermöglichen, in der Mehrzahl der Fälle vom Vermögen der Eltern, ihrem sozioökonomischen Status oder ihrer Zugehörigkeit zu gesellschaftlichen Eliten abhängt. Sobald der politische Einfluss dieser Eliten, insbesondere der Vermögenden dermaßen erstarkt ist, dass vorwiegend sie oder am Ende *sie allein* die Regeln festlegen können, und sobald sie dabei nicht mehr im Interesse des Allgemeinwohls handeln, sondern nurmehr, um ihren Einfluss (und ihren Reichtum) noch zu vergrößern, kann von sozialer Gerechtigkeit nicht mehr die Rede sein. In einer solchen Gesellschaft wird die Gleichheit der Rechte und Chancen durch die *ökonomische Ungleichheit* untergraben, was so weit gehen kann, dass die wirtschaftlich Schwächeren von der demokratischen Mitbestimmung und der gleichberechtigten politischen Mitwirkung an den Entscheidungen über die Regeln ausgeschlossen sind, die eine möglichst gerechte und faire Gesellschaft ermöglichen und verbürgen sollen. Wenn sie schließlich – sowohl infolge ihrer schwindenden sozialen und politischen Kompetenz als auch infolge der dominanten Prärogative der regierenden Eliten – keine Chancen mehr haben, sich im Rahmen der Legalität (d. h. der geltenden Regeln) mit Aussicht auf Erfolg für die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse zu engagieren, sondern von zunehmendem sozialen Abstieg bedroht sind, ist der Zustand einer Plutokratie erreicht, die „Diktatur einer Wirtschaft ohne Gesicht und ohne ein wirklich menschliches Ziel“ (Papst Franziskus), in der eine oligarchische Minderheit, die selbst keine demokratische Legitimation, aber alle demokratischen Institutionen usurpiert hat, das Spiel diktiert, das auf die schrankenlose Vermehrung ihres Vermögens, die Zerstörung der natürlichen Ressourcen und die Plünderung der Gemeingüter hinausläuft, während die Mehrheit der Bevölkerung die Lasten dafür trägt, in ihrem Bestreben, daran etwas zu ändern, zunächst ermattet, weil dies aussichtslos ist, und resigniert auf jede politische Betätigung verzichtet. Aber in der Folge wächst die Gefahr, dass sie sich von radikalen Protestströmungen mitreißen lässt, die den gesellschaftlichen Konsens auf eruptive, am Ende gewaltsame Weise zerstören können.

Studien in verschiedenen Industriestaaten haben gezeigt, dass die Abgeordneten der gesetzgebenden Körperschaften für die Wünsche reicher Wähler und für die Einflüsterungen der Konzern- und Finanzlobby außerordentlich empfänglich sind (weil diese u. a. ihre Wahlkämpfe finanzieren), während sie die Bedürfnisse der – minder bemittelten – Bevölkerungsmehrheit, die zumeist keine Lobby hat, ignorieren. Dass dadurch das Vertrauen in die „Volks“-Vertreter und Regierungen zunehmend erodiert, kann nicht verwundern, wenn inzwischen – wie im Falle der Bundesrepublik – 10% der Bevölkerung über mehr als die Hälfte, 50% der Bevölkerung aber lediglich über 1% des Vermögens verfügen. Fast zwei Drittel der 10% Begüterten haben ihren Reichtum *leistungslos* (durch Erbschaft oder Schenkung) erworben, sie lassen ihr „Geld arbeiten“ und zahlen darauf weit geringere Steuern als die Mehrheit, die diese Chancen absolut *nicht* hat, sondern hart arbeiten muss. Wenn die unteren 40% heute über ein *geringeres* Nettoeinkommen verfügen als Mitte der 90er Jahre, während der Einkommenszuwachs des oberen Zehntels – trotz Finanzkrise – im gleichen Zeitraum bis zu 27% betrug, dann liegt – in einer angeblich *sozialen* Marktwirtschaft – der Befund offen zutage, dass sich die Gesellschaft in Klassen aufgespalten hat, von denen die eine die Regeln definiert, die der anderen die *Chancen* nehmen, am wachsenden Wohlstand zu partizipieren. (Quelle: Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2017)

„EIGENTUM VERPFLICHTET. SEIN GEBRAUCH SOLL ZUGLEICH DEM WOHL DER ALLGEMEINHEIT DIENEN.“ ARTIKEL 14 (2) DES GRUNDGESETZES

Niemand gelangt zu Reichtum, ohne dabei eine Fülle von Ressourcen und Leistungen in Anspruch zu nehmen, die ihm die Gesellschaft zur Verfügung stellt. Selbst ein Bestseller-Autor, der sein Werk ganz allein geschaffen hat, verdankt den Umstand, damit sehr wohlhabend geworden zu sein, der Mitwirkung einer Vielzahl von Menschen und Institutionen, ohne die er nie in der Lage gewesen wäre, seine Bücher zu erschaffen, zu publizieren und zu verkaufen. Ein Unternehmer kann ohne den Eifer seiner Mitarbeiter und Angestellten nicht erfolgreich sein. Um sich das Wissen anzueignen, das er benötigt, hat er die bestehenden Bildungsanstalten (Schulen, Universitäten) genutzt, zu denen ihm der Staat – meist kostenlos – den Zugang ermöglichte, ebenso zahlreiche kulturelle Einrichtungen (Theater, Museen, Konzerte, Parks, Rundfunk und Fernsehen, Sport- und Badeanstalten usw.), die der Staat zumeist subventioniert, sowie die allgemeine Infrastruktur (Straßen, Autobahnen, öffentliche Verkehrsmittel). Vermutlich ist er auch vielfach Nutznießer der staatlichen Gesundheits- oder Sozialsysteme gewesen. Er profitiert von der inneren und äußeren Sicherheit, die der Staat durch Polizei, Militär und Aufsichtsbehörden gewährleistet. Nicht zuletzt zieht er Vorteile aus einem funktionierenden Rechts- und Justizsystem, das nicht nur sein Leben und seine Unversehrtheit, sondern vor allem auch sein *Eigentum* schützt. Kurzum: Wirtschaftlicher Erfolg ist nie nur das persönliche Verdienst eines Einzelnen, sondern das Resultat des komplexen Zusammenwirkens zahlreicher gesellschaftlicher Kräfte, an der sehr viele Individuen beteiligt sind. Wer in einer bestimmten Gesellschaft reich geworden ist, befindet sich dieser gegenüber im Obligo. Er hat der Gemeinschaft mindestens so viel zurückzugeben wie diese ihm gewährt. Das bedeutet keineswegs nur, dass er einen angemessenen Teil seines Einkommens abtritt und seiner Steuerpflicht nachkommt, damit Staat und Kommunen ihre Dienste für die Allgemeinheit optimal erfüllen können, anstatt fieberhaft nach Schlupflöchern zu suchen, um seine Steuerlast zu mindern, oder seinen Einfluss zu nutzen, Steuererleichterungen durchzusetzen. Es bedeutet darüber hinaus, dass er seine Mitarbeiter ordentlich zu entlohnen, an den Gewinnen des Unternehmens ihrer Leistung entsprechend zu beteiligen und für ihr Wohlergehen, insbesondere für die Verbesserung ihrer Arbeits-, Wohn- und Lebensverhältnisse Sorge zu tragen hat anstatt Menschen, die für ihn tätig sind, lediglich als „Kostenfaktor“ zu betrachten, der zu minimieren ist. Es bedeutet ferner die Verpflichtung, unternehmerische Entscheidungen über Risiken unter dem Aspekt der *Nachhaltigkeit* zu treffen (der Erhalt der Arbeitsplätze und die Partizipation der Beschäftigten an den Erträgen darf nicht aufs Spiel gesetzt werden), den Belangen der Umwelt, der Natur, des Klimas und der öffentlichen Gesundheit Rechnung zu tragen (Schäden müssen restituiert, Kosten dürfen nicht auf die Konsumenten oder die Steuerzahler abgewälzt werden) und vieles mehr. Es bedeutet schließlich auch, dass größere Unternehmen die selbstverständliche Obligation wahrnehmen, das Gedeihen und die Amelioration der Stadt oder des Landes, wo sie ansässig sind, zu fördern und die Lebensqualität aller Bewohner durch die Gründung von oder die Beteiligung an geeigneten Bildungs-, Kultur, Erholungs- oder Sozialeinrichtungen zu steigern. Diese Verpflichtungen sind grundlegend für den Sozialstaat, der allerdings in seiner Konzeption noch weit darüber hinaus geht.

Die sog. Sozialbindung des Eigentums wird im Artikel 151 der Bayerischen Verfassung, die zwei Jahre älter ist als das Grundgesetz, sehr viel genauer beschrieben als in diesem: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.“ Der Gebrauch des Eigentums darf dem Gemeinwohl nicht zuwiderlaufen, es darf nicht zum Schaden anderer genutzt werden. Auf keinen Fall darf seine Nutzung dazu führen, dass die Mehrheit der Redlichen für die Folgen der Gier unredlicher Besitzender einstehen muss.

Der Passus „Eigentum verpflichtet“ im GG leitet sich ja vom mittelalterlichen „Noblesse oblige“ her. Im Feudalismus beruhte der „Gesellschaftsvertrag“ auf dem ungeschriebenen Gesetz, dass die Adelsherren ihren Untertanen für das Privileg, sie ausbeuten zu können, den Schutz ihrer Existenz und die Verteidigung gegen Feinde schuldeten. Das geschah im Interesse der Stabilität des Systems, des sozialen Friedens und zur Vorbeugung gegen Aufstände. Die Frage indessen, *wozu* der Feudalherr eigentlich verpflichtet sei, blieb schon damals ebenso im Dunklen wie heute die Frage, *wozu* das Eigentum verpflichtet und wie diese Verpflichtung etwa einklagbar wäre. „Adel verpflichtet“ – als Redeweise beinhaltete dies nicht mehr als die Maxime, dass ein Mann mit Macht und Einfluss sich Untergebenen gegenüber anständig und großmütig, eben „noble“ gebärden solle. Als eine Frage der Gesinnung, der Haltung und des Charakters hatte sie auch für die Bourgeoisie („Eigentum verpflichtet“) eine enorme Bedeutung, die allerdings seit den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts dem besitzenden Bürgertum so gut wie vollständig abhanden gekommen ist.

STAATLICHE BEGÜNSTIGUNG VON GESCHÄFTEN FÜHRT ZU LEGALISIERTEM RAUB

Ein Staat, der sich als „demokratischer und sozialer“ Rechtsstaat definiert (Artikel 20 (1) Grundgesetz), hat die Pflicht, Eigentum und Vermögensansprüche *aller* seiner Bürger vor unberechtigtem Zugriff zu schützen. Er hat durch regulatorische Gesetzgebung dafür zu sorgen, dass scheiternde Unternehmen oder Banken in geordneten Insolvenzverfahren abgewickelt werden können, ohne der Allgemeinheit (den Steuerzahlern, den Arbeitnehmern, den Verbrauchern, den sozial Schwächsten) zur Last zu fallen. Er hat im besonderen zu verhindern, dass Industrien oder Finanzinstitute so groß und mächtig werden, dass ihr Versagen zum Zusammenbruch der gesamten Volkswirtschaft führen („too big to fail“) und ihre „Rettung“ durch den Staat mit Milliardensummen unausweichlich würde („Moral hazard“).

Ein Staat, der sich durch kommerzielle Unternehmungen dazu nötigen lässt, diesen die *Risiken* für ihr Geschäftsgebaren abzunehmen, sodass sie sich selbst im Falle schwerer Verluste auf Kosten der Allgemeinheit bereichern können, legalisiert Diebstahl und Raub am Volksvermögen. Er verhält sich nicht sozial, sondern kriminell.

Dass es zu den Obliegenheiten des Staates rechnet, im Interesse des Gemeinwohls für die Entwicklung und das Wachstum der Volkswirtschaft zu sorgen und – durch die Schaffung geeigneter gesetzlicher Rahmenbedingungen – den Erhalt und das Gedeihen der heimischen Unternehmen (sowie der jeweiligen Arbeitsplätze) zu gewährleisten, impliziert *in keiner Weise*, dass er relevante Wirtschaftszweige – wie etwa die Automobil-, die Tabak- oder die Versicherungsbranche, die Zucker-, Pharma- oder Finanzindustrie – zum Nachteil der Allgemeinheit *begünstigen*, mit besonderen Privilegien ausstatten oder von Verlusten entlasten dürfte. Dadurch, dass viele Industriestaaten in zunehmendem Maße genau dies tun, hintertreiben sie eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands und fördern die Entstehung eines wachsenden Prekariats.

Ein Staat, der sich als unfähig erweist, Steuerhinterziehung, Steuervermeidung oder die massive anonyme Auslagerung von Kapital in sog. Steueroasen mit der gleichen Härte und Konsequenz zu verfolgen wie schweren Raub oder Betrug, sondern vielmehr den Delinquenten durch Wegsehen weitgehende Schonung angedeihen lässt und sogar selbst – auf Drängen der Lobbyisten – die Einrichtung von „Steuerparadiesen“ (oder freien Zugang zu solchen) ermöglicht, ist dafür mitverantwortlich, dass die ökonomische Ungleichheit wächst und die Schere zwischen Arm und Reich sich immer weiter öffnet.

Ein Staat, der – wie die Bundesrepublik – durch inkompetente (vom Bankenverband soufflierte) Gesetzgebung zu lässt, dass sich Finanzjongleure mit sog. „Cum-ex-Geschäften“ Steuerrückzahlungen gleich doppelt oder mehrfach erstatten zu lassen und dadurch einen Schaden von 12 Milliarden Euro zum Nachteil des Fiskus verursachen, fördert Mafia-Strukturen und private Raubzüge an öffentlichen Geldern. (Dies ist nur ein Beispiel für zahllose Fälle, in denen der Staat räuberisches Verhalten – vor allem bei Finanz-, Börsen- und Investmentgeschäften – gestattet, durch schlampige Gesetze legalisiert oder auf die Verfolgung krimineller Handlungen verzichtet hat.) Ein Staat, der wissentlich duldet, dass z. B. die Automobilindustrie durch irrealer Prüfverfahren oder betrügerische Software die Verbrauchsangaben und die Grenzwerte für Abgase legal um ein Vielfaches zu überschreitet, vergreift sich nicht nur am Eigentum der Verbraucher, begünstigt nicht nur die Schädigung der Umwelt und des Klimas, sondern verletzt darüber hinaus die oberste Pflicht des Staates, das Leben und die Gesundheit seiner Bürger zu schützen: durch Feinstaub und Stickoxide sterben jährlich doppelt so viele Menschen wie im Straßenverkehr.

Eine Ökonomie, in der Profite prinzipiell privatisiert (und überdies womöglich dem Zugriff des Fiskus entzogen), Verluste indessen immer häufiger – zu Lasten der ohnehin Benachteiligten – sozialisiert werden, ist nicht kapitalistisch, sondern ein auf räuberische Ausbeutung angelegtes System, das die Enteignung immer größerer Bevölkerungsgruppen sowie die Plünderung öffentlicher Gelder und des Staatsvermögens zum Ziel hat. Es ist weder demokratisch noch gar sozial, wenn Staat, Regierung und Parlament ein solches System unterstützen und zulassen, dass immer mehr staatliche Einrichtungen der sog. Daseinsvorsorge – Energie- und Trinkwasserversorgung, Gesundheitswesen, öffentlicher Personenverkehr, Schul- und Erziehungswesen, Jugend- und Altenpflege etc. – privatisiert und in profitorientierte Unternehmen umgewandelt werden. – Der Versuch, mit den Mitteln der Sozialpolitik mehr Gerechtigkeit herzustellen – wie es etwa Martin Schulz vorhat – gleicht, wie Karl Kraus schon zu Zeiten der Großen Depression im vorigen Jahrhundert spottete, dem Unterfangen, an einem Krebskranken eine Hühneraugenoperation vorzunehmen.

DAS GLEICHE IM WELTMAßSTAB:

Im Jahre 2016 besaßen acht Personen (!) mehr Vermögen (426 Milliarden Dollar) als 3,6 Milliarden Erdenbürger, die Hälfte der Menschheit (409 Milliarden Dollar). Das ist obszön.

Als Maß, das die Vermögensverteilung in einer Gesellschaft auf anschauliche Weise erfasst, gilt der Gini-Index (oder Gini-Koeffizient): beträgt er 0, so besitzen alle genau gleich viel; beträgt er 1, so besitzt einer alles und der Rest nichts. Je höher also der Gini-Koeffizient, desto größer ist die Ungleichverteilung der Vermögen. Im Jahre 2016 betrug der Gini-Koeffizient der Welt 0,921 (bzw. 92,1 %). Der Wert für Deutschland lag bei 78 %, für die USA bei 87 %, für Russland bei 92 %. (Quelle: World Wealth Databook; Credit Suisse). Von dem Zustand, dass *einem* die ganze Welt gehört, sind wir also nur noch weniger als 8 Prozentpunkte entfernt.

Noch ungeheuerlicher aber ist der globale Schuldenstand: Die Gesamtschulden der Welt (Staaten, Unternehmen, Finanzinstitutionen, Privathaushalte) beliefen sich 2016 auf – je nach Berechnungsweise – 202 bis 220 Billionen Dollar. Die sog. Maastricht-Kriterien der EU legen fest, dass die Verschuldung einer nationalen Volkswirtschaft 60 % der Wirtschaftsleistung derselben nicht übersteigen darf, um ihre gesunde Stabilität zu gewährleisten. Die globale Verschuldung erreicht jedoch 286 bis 325 % des Bruttoinlandsprodukts der gesamten Welt, also ungefähr das Fünffache des EU-Grenzwerts oder in etwa den Wert *Griechenlands*. (Quelle: Oxfam; Credit Suisse) Das Währungs-, Wirtschafts- und Finanzsystem der Welt befindet sich nicht in einer Krise oder einer vorübergehenden Instabilität, es ist *totkrank!* Wenn ein relevanter Staat plötzlich seine Schulden nicht mehr bedienen kann (das könnte China sein oder sogar die USA – auf die Bevölkerungszahl umgerechnet sind die USA *pro Kopf* um 40% höher verschuldet als Griechenland!), kann dies – ohne Vorwarnung – dazu führen, dass das gesamte *auf Pump* erbaute Finanzsystem in sich zusammenkracht und eine katastrophale Implosion der gesamten Weltwirtschaft auslöst, gegen die die Krise von 2008/9 ein leichtes Gewitter gewesen ist. Die Gefahr ist allen Informierten genau bekannt, aber zur Vorbeugung gegen sie wird fast nichts unternommen. Die Interessen der weltweit agierenden Finanzmanipulateure sind stärker als die Ordnungsmacht aller Staaten: Die wenigen, denen die Welt bereits gehört, müssen die Staaten gewähren lassen, sie müssen ihnen gehorchen. Die Spekulationsgeschäfte mit Derivaten (außerbörslich gehandelten Finanzprodukten) streben einem Nominalvolumen in Höhe von einer Trillion entgegen. Falls es zum Kollaps kommt, wird kein Staat und auch kein Staatenverbund mehr in der Lage sein, die gewaltigen Verluste durch „Rettungsschirme“ (in Billionenhöhe?) abzufangen. Die Hauptleidtragenden werden natürlich die Entwicklungsländer sein, die global schon jetzt die gleiche Rolle innehaben wie das Prekariat innerhalb der Industrieländer. Die ihnen aufgenötigte Schuldenlast erdrosselt schon jetzt jegliche wirtschaftliche Entwicklung (krasser noch als im Falle Griechenlands), macht ökonomische und soziale Fortschritte unmöglich, fördert die Korruption, despotische Regierungssysteme und kriegerische Konflikte. All dies erzeugt einen immensen Migrationsdruck. Um sich diesem entgegen zu stemmen, werden die reichen Industriestaaten schon in naher Zukunft alle ihre humanen Ideale und Werte verraten und sich in militärisch gesicherte Festungen verwandeln. Täten sie es nicht, würden ihre Regierungen von schweren populistischen oder reaktionären Revolten hinweggefegt. Die gegenwärtig bereits beobachtbaren Veränderungen des politischen Klimas – wiederkehrender Nationalismus, retrograde Orientierung breiter werdender Massen, wachsende Attraktivität autoritärer Regime, rapider Reputationsverlust der demokratischen Institutionen, Verabschiedung von den Ideen der Aufklärung und der Moderne, die Leugnung des Faktischen zugunsten irrationaler Affekte – sind nur das Präludium. Was droht, ist ein regressiver Rücksturz der gesamten Zivilisation, der in seiner Bestialität jenen noch übertreffen könnte, der sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ereignete und mehr als 100 Millionen Menschen das Leben kostete. Damals charakterisierte ihn Theodor W. Adorno durch den heute wieder hochaktuellen Satz: „Die vollends aufgeklärte Welt erstrahlt im Glanze triumphalen Unheils.“